

Notizen

Zum Vorsitzendem einer neu errichteten Kommission für Migrationsfragen wählte die Deutsche Bischofskonferenz auf ihrer jüngsten Vollversammlung (vgl. ds. Heft, S. 591) den Münsteraner Weihbischof Josef Voß. Der Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode wurde zum neuen Vorsitzenden der Kommission für Jugendfragen, der Bischof von Aachen, Heinrich Mus Singhoff, zum neuen Vorsitzenden der Kommission für Wissenschaft und Kultur gewählt. Neu eingerichtet wurde auch eine Unterkommission (der Pastoralkommission) für Frauenfragen, deren Leitung die Bischöfe dem Trierer Weihbischof Gerhard Jakob übertrugen.

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Agabetstreffens von Assisi, zu dem 1986 Johannes Paul II. Vertreter der Weltreligionen eingeladen hatte, fand Anfang Oktober in Rom ein Friedentreffen mit 400 hochrangigen Vertretern aus Politik und Religion statt. Gastgeber war, wie bereits in den Jahren zuvor, die römische Gemeinschaft Sant'Egidio. Im Rahmen dieser Veranstaltung meinte der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Santer, Europa komme nicht ohne eine „Seele“ aus. Toleranz allein genüge nicht für den Frieden. Der Friede erfordere „ständigen Dialog“ und müsse aktiv gewollt sein.

Der Leiter der Hauptabteilung Ökumene und Auslandsarbeit im Kirchenamt der EKD, Bischof Rolf Koppe, hat auf der Tagung des ÖRK-Zentralausschusses (vgl. ds. Heft, S. 550) gefordert, die nicht-katholischen Kirchen sollten bei den Ver-einten Nationen stärker vertreten sein. Über den Ökumenischen Rat der Kirche sollten sie auf Weltebene deutlicher als bisher ihre Stimmen erheben. Bei den großen UN-Konferenzen könnte der ÖRK die entsprechenden Aktivitäten seiner Mitgliedskirchen bündeln und die Arbeitsergebnisse „professionell und wirksam“ einbringen. Die katholische Kirche ist bei den Vereinten Nationen und deren Weltkonferenzen über den Vatikanstaat vertreten.

Die Herausforderungen an die Kirche als ethische Gemeinschaft sollten heute in ökumenischer Gemeinschaft wahrgenommen werden, so Reinhard Frieling in seinem ökumenischen Lagebericht bei der diesjährigen Generalversammlung des Evangelischen Bundes vom 17. bis

20. Oktober in Wolfsburg. Frieling, Leiter des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, bezeichnete eine Verweigerung von ökumenischer Gemeinschaft im Zeugnis und Dienst an der Welt als Sünde, weil sie die Wirkung des Evangeliums schmälere. Das heiße nicht, daß jedes konfessionelle Profil verschwinden müsse: „Nein, evangelische Ethik und katholische Moraltheologie werden hier und da miteinander streiten. Aber wir müssen dabei eine ethisch verantwortete Streitkultur entwickeln.“

Der Erzbischof von Westminster, Kardinal Basil Hume, hat die Weihe von 15 Mitgliedern des Neokatechumenats zu Priestern seiner Diözese abgelehnt. Aus Londoner Kirchenkreisen verlautete, die Entscheidung sei nach intensiven Konsultationen mit den Diözesanpriestern getroffen worden. Diese hätten kritisiert, die Mitglieder der Bewegung hätten „zwei Chefs“, neben dem Erzbischof noch die Leitung des Neokatechumenats. Unter diesen Umständen sei eine gute Zusammenarbeit in der Erzdiozese nicht möglich. Die 15 Männer würden nunmehr in Rom geweiht. Kardinal Hume äußerte sich bereits wiederholt kritisch zum Neokatechumenat. Vor einem Jahr erklärte er, jede kirchliche Bewegung müsse daran gemessen werden, ob sie in Einheit mit dem Bischof stehe.

Eine Gesellschaft, die ihre Kirchen „vergibt, vergißt ihre Geschichte.“ Kirchengebäude prägten das Gesicht der Städte und Dörfer, stellten ein großes Potential für den christlichen Glauben dar. Dies betonen im sogenannten „Magdeburger Manifest“ die Teilnehmer des 22. Evangelischen Kirchenbautages, der Ende September in Magdeburg stattfand. Der Deutsche Bundestag, die Regierung, Kirchenleitung und Gemeinden, aber auch die privaten Besitzer von Vermögenswerten werden zur Rettung der Kirchen vor allem mit Blick auf Ostdeutschland aufgerufen.

Die Kommission der Französischen Bischofskonferenz für Migrationsfragen distanzierte sich von Äußerungen des Vorsitzenden des rechtsextremen „Front National“, Jean-Marie Le Pen. In einer am 17. September veröffentlichten Stellungnahme (Wortlaut in: *Documentation Catholique*, 20.10.96) werden Aussagen Le Pens über eine angebliche „Ungleichheit der Rassen“ als eine „Gefahr für die ganze

Gesellschaft“ bezeichnet. Nach Ansicht der Bischöfe untergraben solche Äußerungen die Grundlagen der „Solidarität, die in Zeiten der Krise so notwendig“ seien. Rassistische Einstellungen würden auf diese Weise begünstigt. Für einen Christen seien Äußerungen dieser Art „völlig unannehmbar“.

Vertreter der großen Kirchen Australiens haben den ersten Fall von legaler aktiver Euthanasie in ihrem Land verurteilt. Am 22. September starb der 66jährige krebskranke Bob Dent durch einen von dem Arzt Philip Nitschke bereitgestellten Tötungsapparat, nachdem das australische Nordterritorium im Frühjahr dieses Jahres die aktive Sterbehilfe gesetzlich erlaubt hatte. Kardinal Edward Clancy, der Erzbischof von Sydney, bezeichnete die Tötung von Bob Dent als „Akt einer ruchlosen Mißachtung der Überzeugung von Menschen überall auf der Welt“. Der anglikanische Erzbischof von Sydney erklärte: „Ärzte sind nicht mehr nur Menschen, die Leben retten. Gemäß den Gesetzen im Nordterritorium sind sie auch Menschen, die töten.“ Der erste legale Akt aktiver Euthanasie bedrohe das moralische Profil der Nation. Gegen das Euthanasiegesetz des Nordterritoriums (es kann möglicherweise durch Bundesgesetz aufgehoben werden) wandte sich auch die größte protestantische Kirche Australiens.

Nach einer von „Amity News Service“ (4.9.96) veröffentlichten Schätzung gibt es in der Volksrepublik China derzeit zwischen 9,15 und 13,31 Millionen protestantische Christen. Diese Zahlen umfassen sowohl getaufte Christen wie Ungetaufte, die sich regelmäßig am kirchlichen Leben beteiligen. Die Fehlerquote bei den Schätzungen liegt nach den Angaben von ANS bei bis zu 50 Prozent. Die Protestanten verteilen sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen chinesischen Provinzen: Die höchsten Zahlen werden für Henan (Minimum 2 und Maximum 3,5 Millionen) sowie für Zhejiang (Minimum 1,25 und Maximum 1,4 Millionen) angegeben. In Peking gibt es demgegenüber nur zwischen 20 000 und 30 000 Protestanten, in Shanghai zwischen 100 000 und 130 000.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.